

Wolfgang Kessler

Siechtum einer Wissenschaft?

Impressionen zu Osteuropa in Lehre und Forschung in Deutschland

"Europa", also die Europäische Union, hat sich am 1. Mai 2004 nach Osten erweitert und hat Rumänien und Bulgarien bereits in seine Erweiterungsperspektiven eingeschlossen. Aus "Feinden" sind seit 1989 Freunde geworden: Grund eigentlich, sich auch wissenschaftlich intensiver mit ihnen zu befassen, die Osteuropaforschung und die Sprachvermittlung zu einer neuen Blüte zu bringen:

Als die Menschen auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs noch Feinde waren, war uns keine Mark zu schade, um ihre Sprache, ihre Geschichte und Kultur zu studieren. Jetzt, da sie endlich Freunde werden, haben Interesse und Generosität ein Ende. Während die Aufnahme von acht osteuropäischen Ländern in die EU vorbereitet wird, stirbt die Slawistik an den Universitäten im deutschen Sprachraum still und leise dahin.

Unter der Überschrift "Siechtum einer Wissenschaft: Die Situation der Slawistik an den Unis wird allmählich trostlos", schrieb Christian Jostmann diese Zeilen am 1. März 2004 in der »Süddeutschen Zeitung«:

Angesichts der öffentlichen Armut sind Einschnitte auch bei den Osteuropastudien unvermeidlich. Katastrophal ist jedoch die Art des Vorgehens. Ohne Rücksicht auf die Eigenheiten des Faches und auf gewachsene Strukturen wird gekürzt, wo es eben geht, biografischen Zufällen mehr gehorchend als überlegter Planung.

Die Situation erscheint tatsächlich bedrohlich. Jostmann führt aus:

Viele slawistische Seminare sind so stark gestutzt worden, dass sie den akademischen Betrieb kaum mehr aufrecht erhalten können: In Mannheim lehren nur noch pensionierte Dozenten und Aushilfen aus Heidelberg; Rostock nimmt keine Studenten mehr auf, weil der Studiengang demnächst eingestellt wird; im Saarland gibt es nach größeren Streichungen nur noch einen Lehrstuhl. Ein gründliches Studium wird dadurch unmöglich. Folglich bleiben die Studenten weg, wirken die Seminare „unterlastet“, wird ihre Schließung absehbar.

Die Bedrohung ist tatsächlich noch größer, gilt doch mit der ausschließlichen Einführung von Bachelor- und Master-Studiengängen in der - anders als beim erfolgreichen Länderprotest gegen die Dekretierung von (für die kleinen Fächer ähnlich bedrohlichen) "Junior-Professoren" durch den Bund - offensichtlich kritiklosen Umsetzung des "Bologna-Prozesses" nicht mehr die Regel "ein Professor - ein Fach"¹: Ein Bachelor-Studiengang setzt vier bis sechs Hochschullehrerstellen voraus, der darauf aufbauende Master-Studiengang weitere, so dass die kleinen Fächer mit ein bis zwei Professuren (die zusätzlichen freiwilligen Leistungen von Emeriti und Privatdozenten können für einen Studiengang nicht fest eingeplant werden) keinen Studiengang mehr anbieten können, es sei denn, sie integrieren sich in andere Studiengänge - hat sich nicht die sprachwissenschaftliche Slawistik innerhalb der Indogermanistik entwickelt? - oder in fächerübergreifende Regionalstudiengänge, was aber wiederum voraussetzt, dass entsprechende, für Osteuropa spezifizierte Hochschullehrerstellen in Nachbarfächern existieren. Die sich aus der neuen Studienorganisation ergebende Standardisierung der universitären Lehre könnte möglicherweise auch Auswirkungen auf die Forschungsvielfalt haben.

Hinzu kommt, dass die Universitäten die Umstrukturierung ohne zusätzliche Finanzmittel durchführen müssen, d.h. die Fachbereiche, um in den großen Fächern die notwendige "Akkreditierung" für die Studiengänge zu erreichen, die auch eine entsprechende Personalausstattung voraussetzt, gezwungen sind, sich diese Stellen zu Lasten der kleinen Fächer zu sichern. Zudem besteht beim Akkreditierungsverfahren durch dafür zuständige "Agenturen" die Gefahr einer Standardisierung der Studieninhalte, wenn "die *Mainstream-Gutachter definieren, was in den jeweiligen Fächern angesagt ist*".² So dürfte es erklärbar sein, dass an den Universitäten Bonn und Marburg durch Emeritierung frei werdende zweite Slawistik-Professuren nicht wieder besetzt werden. Die verbliebene Professur reicht dann wahrscheinlich zur Abwicklung der laufenden Magister- und Staatsexamens- sowie der Promotionsstudiengänge aus. Diese allerdings boten sehr viele Variationsmöglichkeiten und -freiheiten, wie sie der Master-Studiengang als Aufbaustudium nach dem Bachelor-Examen wahrscheinlich nicht mehr bieten wird. Was das Promotionsstudium betrifft, sind die Perspektiven unklar. Die Habilitation soll entfallen; stattdessen soll die Qualifikation zum Hochschullehrer über "Junior-Professuren" erfolgen.

Generelle Aussagen sind angesichts des deutschen Föderalismus mit der Kulturhoheit der Bundesländer,

wie sie 2004 höchstrichterlich im Urteil zu den Juniorprofessuren bestätigt worden ist, kaum möglich. Eine Möglichkeit bestünde jedenfalls im Verzicht auf die Fachpräsenz an jeder Universität zugunsten einer Zentrenbildung. Diese hat aber wenig Freunde. Um noch einmal Jostmann zu zitieren:

Dass es auch anders geht, hat Baden-Württemberg bewiesen. Dort hatte der Rechnungshof 2002 gefordert, die fünf Standorte der Slawistik auf maximal zwei zusammenzuführen. Auf Antrag des Landtages bestellte das Wissenschaftsministerium zwei unabhängige Gutachter, die sich gegen den Plan aussprachen, mit der Begründung, dass "die Slawistik ein Fach von außerordentlicher kulturpolitischer und vor allem zunehmend wirtschaftlicher Bedeutung ist".

Das mag sein, nur ob das Ergebnis zum entsprechenden Ausbau der Slawistik an allen fünf Standorten führt, darf bezweifelt werden. In Bayern bestanden jedenfalls im Jahr 2001 vergleichbare Überlegungen zur Konzentration des Fachs an drei bayerischen Universitäten, wobei mangelhafte Ausstattung "unterhalb des notwendigen Umfangs" (für die die Fachvertreter schließlich nicht verantwortlich sind, sondern Universität und Wissenschaftsministerium) und die zu starke Spezialisierung in der Forschung im Falle der Erlanger Slawistik Argumente für die Schließung waren.³

Auch in Nordrhein- Westfalen fordert das Land den Rückbau der Slawistik. So schreibt Jostmann:

Besonders tief ist der Einbruch in Nordrhein-Westfalen. Nach Münster und Bielefeld steht nun auch in Bonn einer von zwei Lehrstühlen zur Diskussion. Wieder kam der Anstoß aus dem Wissenschaftsministerium, das in der Slawistik ein Missverhältnis zwischen Studierenden und Lehrenden diagnostiziert und die Universitäten um Sparvorschläge gebeten hat. Vor zwei Wochen hat das Rektorat der Uni Bonn ein Konzept vorgelegt: Wenn Helmut Keipert in zwei Jahren emeritiert wird, soll die Slawistik geschlossen und der verbleibende Lehrstuhl an das Bonner Institut für Osteuropäische Geschichte angegliedert werden.

Eine inhaltliche Auseinandersetzung scheint es dabei nicht gegeben haben, ökonomische Argumente überwiegen: Studentenzahl, Studiendauer, Zahl der Examina. Dass die Slawistik dabei durch die bei der Relation zwischen Hochschullehrern und Studenten eingerechneten Lektorate einen schweren Stand hat, zeigt der baden-württembergische Rechnungshofbericht zu den slawistischen

Universitätsinstituten im Lande.⁴ "Unterlastung" ist, so Jostmann, dabei durchaus fachspezifisch:

Der Hinweis auf "Unterlastung" soll in der Regel begründen, warum der Rotstift gezückt wird. Dabei wird nicht in Rechnung gestellt, dass Slawistik oft im Nebenfach studiert wird und daher eine niedrige Absolventenquote hat. Außerdem bringen nur die wenigsten deutschen Studenten sprachliche Grundkenntnisse mit. Das treibt den Personalaufwand in die Höhe. Andererseits stammen die meisten Slawistikstudenten inzwischen aus Osteuropa. In den Seminaren sitzen nur noch wenige Deutsche. So könnten sich die Regierungen darauf berufen, dass sie mit der Abwicklung den Willen der deutschen Gesellschaft vollstrecken, die offenbar kein Interesse an Sprache und Kultur der EU-Neulinge hat. Sie sollten sich aber auch fragen, inwieweit die desolante Situation der Slawistik zu diesem Desinteresse beiträgt.⁵

Unattraktivität des Studiums mit entsprechend geringen, ja sinkenden Studentenzahlen ist auch eine Folge der schlechten Personal- und Sachausstattung vieler Institute, mit Sicherheit aber auch der immer unsichereren Berufsaussichten in schrumpfenden Fächern. Bei Ranking und Wettbewerb haben die Institute keine Chance, weil sie seit Jahren unterfinanziert sind. Die Gutachter sind häufig selbst ein Problem, was sich an der Abwicklung der DDR-Forschung oder des *Deutschen Bibliotheks-Instituts* demonstrieren ließe. Die Geistes- und Sozialwissenschaften scheinen zudem parteiübergreifend wenig Freunde in Wissenschaftsbürokratie und -politik zu haben. In den jüngsten deutschen Diskussionen über "Eliteuniversitäten" spielen sie keine Rolle, es geht um die technischen, naturwissenschaftlichen und medizinischen Fachbereiche. Der Hamburger Wissenschaftssenator Jörg Dräger hat im Sommer 2004 ein Gutachten des *Hochschul-Informationssystem* (HIS) zum Bedarf an geisteswissenschaftlichen Absolventen für die "Metropolregion Hamburg" im Jahre 2012 vorgelegt, aufgrund dessen Modellrechnung er in der Konsequenz die Halbierung der Geisteswissenschaften fordert. Der Dekan des Fachbereichs Philosophie und Geschichte an der Universität Hamburg, der Professor für Geschichte Afrikas Andreas Eckert, konstatiert:

Dass die Folgen seiner "Reform" [...] für viele geistes- und kulturwissenschaftliche Fächer schlicht das Ende bedeuten, scheint bei [dem promovierten Physiker] Dräger keinen Diskussionsbedarf zu wecken. [...] Gerade die zahlreichen, häufig nur mit wenigen Professuren "ausgestatteten" Fächer müssen

bei einer derart drastischen Reduzierung der Professorenzahl ersatzlos und irreversibel gestrichen werden [...]. Aber auch die Lehrer ausbildenden "Massenfächer" wie Germanistik und Geschichte würden gewaltig zur Ader gelassen werden. [...] Im großen Bereich Sprach-, Literatur- und Medienwissenschaften entfielen international stark beachtete Gebiete wie Sprachlehrforschung und Gebärdensprache. Die Geschichtswissenschaft oder die Philosophie müssten dran glauben, welches der beiden Fächer, das dürfen die Betroffenen selbst ausmachen - Gestaltungsfreiheit à la Dräger! In den Kunst- und Kulturwissenschaften blieben mit Kunstgeschichte und Historischer Musikwissenschaft nur noch zwei der sieben Fächer übrig. [...] Islamwissenschaften, Afrikanistik, aber auch bundesweit einmalige Angebote wie Vietnamistik und Äthiopistik - und tschüß, wie der Hamburger sagt.⁶

Zur selben Zeit will Hamburg

*in den nächsten sechs Jahren eine Milliarde Euro in den Hafen, die Bildung und die Attraktivität der Stadt investieren. [...] Die Stadt will neue Kais bauen, Hauptstraßen ausbauen und eine Architekturhochschule errichten. Geld soll auch in präsentable Kulturprojekte wie die Konzerthalle Elbphilharmonie und ein "Science-Center" fließen.*⁷

Eckert dürfte Recht haben, wenn er die Hamburger Hochschulpolitik als ein Beispiel für die reine Lehre von der Marktsteuerung der Hochschulen, wie sie unter anderem das Gütersloher Centrum für Hochschulentwicklung vertritt, einschätzt:

Hier geht es nicht mehr um - dringend notwendige und im Übrigen endlich auch in Hamburg bereits seit geraumer Zeit intensiv verfolgte - Reformen in den Geisteswissenschaften. Hier geht es um die brachiale Durchsetzung eines Modells von Universität als Profitcenter mit marktwirtschaftlicher Kundenorientierung [...]. In dieser Radikalität hat bislang kein Wissenschaftspolitiker den Abschied von der Universität als Zentrum umfassender Bildung durchzusetzen versucht.

Nordrhein-Westfalen hat die Hochschuletats gekürzt, dafür den Universitäten größere "Autonomie" und "Gestaltungsfreiheit" gelassen, insbesondere was die Verwendung der Haushaltsmittel, die Schärfung des Profils und die Konzentration auf "Kernkompetenzen" betrifft.⁸ Es ist unübersehbar, dass die Geisteswissenschaften in die Mühle zwischen zwei nicht kompatible und heute wohl auch nicht mehr kompromissfähige wissenschaftspolitische Konzeption geraten: der Autonomie der Wissenschaft, innerhalb

der sich idealtypisch die bessere Erkenntnis in einer an Qualität gemessenen Konkurrenz durchsetzt (was vor allem bei den nationalen Leitfächern weder im Ersten Weltkrieg, noch im Revisionismus der Weimarer Republik, noch unter dem Nationalsozialismus mit ihrer Dominanz der "richtigen" Ideologie funktioniert hat), und der Marktkonformität im "weltweiten Wettbewerb" mit ökonomischer Verwertbarkeit und Nutzen als Ziel. Die Wissenschaftsgeschichte kennt genügend Paradigmenwechsel innerhalb des Wissenschaftssystems mit ihren spezifischen Formen des Vergessens. Die Marktorientierung wird durch eine Politik verstärkt, die nicht nach der gesellschaftlichen Sinnhaftigkeit von jedenfalls unter den Bedingungen in Deutschland nur aus den öffentlichen Haushalten steuerfinanziert realisierbaren Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften fragt, sondern nach der Verwertbarkeit, und die nichts anderes im Sinn hat, als ohne nach einem möglichen Bedarf an öffentlicher, staatlicher Finanziertheit zu fragen, Steuersenkungen fordert und so - allem "Kulturstaatsprinzip" zum Trotz - den finanziellen Spielraum für die gesetzlich nicht gesicherte Kulturpolitik so einengt, dass Bibliotheken⁹, aber auch Theater und Orchester (und eben auch Forschungsinstitute) in ihrer Existenz gefährdet (oder bereits aufgelöst) sind. Das verspricht wenig Gutes für die Geisteswissenschaften und vor allem für die in ihren Fachbereichen angesiedelten kleinen Fächer. Und angesichts der in den Geisteswissenschaften verbreiteten Osteuropablindheit¹⁰ wächst die Besorgnis.

Die beklagten Krisenzeichen in der Slawistik – aber auch in den anderen Osteuropafächern bzw. – teilfächern - in Deutschland¹¹ sind kein fachspezifisches Phänomen, sondern Teil der Struktur-, Wert- und Identitätskrise der Geisteswissenschaften und hier noch einmal besonders der kleinen Fächer an den deutschen Universitäten:

Für die Geisteswissenschaften stellt die Orientierung der Universitäten auf einen nur wirtschaftlichen Wettbewerb eine Bedrohung dar. Nur in Ausnahmefällen werden sie den Anforderungen einer Evaluation nach rein ökonomischen quantifizierenden Kriterien entsprechen können. Die Leistungsfähigkeit eines Faches, bes. eines sog. "kleinen Faches", allein nach den ökonomischen Faktoren der Dritteinittelwerbung zu bestimmen, ist sachwidrig.

stellte Rolf-Dieter Kluge in seiner Tübinger Abschiedsvorlesung am 19. Juli 2002 besorgt fest.¹² Der "Kulturwert des Slawischen", wie ihn der Byzantinist Karl Krummacker 1908 festgestellt hat¹³,

erscheint nur noch als ein sekundäres Argument, wie überhaupt inhaltliche Argumente offensichtlich nur noch von den Betroffenen vorgebracht werden, wie überhaupt derjenige, der auf kulturelle Werte abseits der Repräsentativ- und der ökonomisierten Event-Kultur rekurriert, leicht der Rückständigkeit, strukturbedingten Beharrungsvermögens und unzureichender Innovationsbereitschaft verdächtigt wird.¹⁴

Der Primat des Ökonomischen vor den abendländischen humanistischen Werten, die Steuerung der Gesellschaft durch die gesetzmäßige Entwicklung der ökonomischen Basis im Zuge des offensichtlich naturläufigen, unaufhaltbaren Prozesses der "Globalisierung", der offensichtlich auch nicht durch demokratische Entscheidungen legitimiert werden konnte, wird als irreversibel propagiert – eigentlich typisch für marxistisches Denken. Bewusstsein, Vernunft und Moral sind in diesem Kontext altmodisch. Markt, Konkurrenz und Wettbewerb entscheiden, nicht mehr die wissenschaftliche Erkenntnis und die -erkenntnistheoretisch relativierte – wissenschaftliche "Wahrheit". Osteuropaforschung hat als "Gegnerforschung", die sie zumindest seit den 1960er Jahren nicht mehr sein wollte, ausgedient. Die nichtzielgerichtete, nichtzweckgebundene Erkenntnis hat keinen allgemeinen Wert mehr:

*Mehrheitsfähig scheinen allein noch die Werte des Produktivismus, die Normen der Qualitätsverbesserung und die Ziele der technischen Machbarkeit. Die Reform ist wesentlich ein Versuch, die Orientierung darauf für alle verbindlich zu machen.*¹⁵

Wissenschaftliche Arbeiten werden auf Qualifikationsnachweise reduziert, einen Marktwert haben sie schon seit einigen Jahren nicht mehr, werden doch geisteswissenschaftliche Veröffentlichungen zum Beispiel in wissenschaftlichen Zeitschriften ebenso wie Vorträge auf wissenschaftlichen Tagungen seit Jahren nicht mehr honoriert (weshalb sich die dadurch entstehenden Kosten auch nicht mehr steuerlich absetzen lassen). Geisteswissenschaft wird dadurch außerhalb des Qualifikationszusammenhangs zum Privatvergnügen und gewinnt dadurch an Beliebtheit. Deprofessionalisierung zeichnet sich ab.

Geisteswissenschaftliche Institute werden wie das für das deutsche Verhältnis zu Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa wichtige *Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung* in Braunschweig - durch den im Augenblick nur bis Ende 2005 prolongierten Ausstieg Nordrhein-Westfalens aus der

Förderung immer noch in der Existenz bedroht¹⁶ - und das *Geisteswissenschaftliche Zentrum Ostmitteleuropa* in Leipzig in ihren Arbeitsmöglichkeiten reduziert. In der Osteuropäischen Geschichte werden Professuren nicht wiederbesetzt oder ihre Wiederbesetzung – wie beim Lehrstuhl für Osteuropäische Geschichte an der Universität Münster - auf die lange Bank geschoben. Die Professur für Geschichte Südosteuropas an der Freien Universität Berlin - eine von zwei Professuren in Deutschland mit dieser Spezialisierung – soll nicht wieder besetzt werden. Institute wie das 1998 neu gegründete *Institut für deutsche Musikkultur im östlichen Europa (IME)* in Bonn zum 31. Dezember 2003 oder die seit 1952 tätige *Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund* zum 30. September 2004 werden lautlos geschlossen und schnell vergessen.

Genug des Lamentos. Es gibt kaum gemeinsame Aktionen, die Konkurrenz im Verteilungskampf lässt wenig Raum für Solidarität. Im Grunde verteidigt jeder seinen Standort und sein Fach gegen die anscheinend unaufhaltsame Gegenbewegung. Der Idealismus von Schillers »Was heißt und zu welchem Ende studiert man Universalgeschichte?« (1789) klingt in manchen Klagen durch, hilft aber nicht weiter. Und der Fortfall von Konkurrenz könnte schließlich auch den eigenen Standort stärken (hilft aber auch nichts). Jostmann konstatiert im eingangs zitierten Zeitungsbeitrag:

Angesichts der öffentlichen Armut sind Einschnitte auch bei den Osteuropastudien unvermeidlich. Katastrophal ist jedoch die Art des Vorgehens.

Das ist im ersten Satz zu eng gedacht. Das Fatale bei den meisten Einschnitten ist die rein fiskalische Begründung. Wissenschaften müssen sich allerdings auch immer selbst auf den Prüfstand stellen, für Selbst-Controlling sorgen. Es gibt ja schließlich auch - wie der Abwicklung der DDR-Forschung der alten Bundesrepublik Deutschland¹⁷ - durchaus sachliche Argumente für die Abwicklung einer Forschungsrichtung. Argumente in der Sache, auch die erweiterte, den europäischen Osten immer mehr einbeziehende Europäische Union, sprechen durchaus für die Osteuropaforschung in ihrem breiten fachlichen und geographischen Kontext, für Slawistik, Ostromanistik, Neogräzistik, Finno-Ugristik, Osteuropäische Geschichte, Ostkirchenkunde und -geschichte, Osteuropa-Recht, Osteuropa-Wirtschaft, die auf Osteuropa spezialisierte Geographie, Volkskunde (Europäische Ethnologie), Musik- und Kunstwissenschaft, Sozial- und Politikwissenschaft, am Rande auch Byzantinistik, Turkologie und Osmanistik: "Die Tendenz in allen Disziplinen:

Sinkend.¹⁸ Im Jahre 2003 existierten immerhin noch in den Politikwissenschaften bundesweit fünf Lehrstühle mit explizitem Osteuropaschwerpunkt, in den Rechtswissenschaften waren es acht, vier bei den Wirtschaftswissenschaften und drei in der Theologie.¹⁹ Hier fehlt nach der »Topographie« von Gerhard Teich (München 1973) eine entsprechende Gesamtübersicht²⁰, vor allem eine laufende aktuelle Bestandsaufnahme und Übersicht. An eine differenzierte Analyse nach der Situation in einzelnen Fächern und für einzelne Regionen Osteuropas ist gar nicht zu denken. Datenbankprojekte wie die *Otto Wolff-Datenbank der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde* konnten nach der Projektphase nicht verstetigt werden. Eigenständige Fächer stellen nur die Philologien Slawistik, Neogräzistik und Finno-Ugristik dar, die sich im Kontext der philologischen Fächer behaupten müssen. Die übrigen osteuropabezogenen Fächer sind Teilfächer wie die Osteuropäische Geschichte innerhalb der historischen Fachbereiche oder auch nur regionale Spezialisierungen. Die Osteuropäische Geschichte hat es Ende der 1990er Jahre nicht verstanden, die eigentlich sinnvolle Fachdiskussion den anderen historischen Fächern oder den anderen Osteuropafächern plausibel zu machen, so dass im Endeffekt der Eindruck einer Nabelschau mit dem Ziel der strategischen Positionierung unter individuellem Karriereaspekt bleibt.²¹ Die Diskussion, ob Osteuropäische Geschichte unter spezifischen Strukturüberlegungen nicht "relevanter" sein könnte als Alte Geschichte, Slawische nicht wichtiger als Klassische Philologie, ist in Fachbereichs- und Fakultätsgremien ein Tabu und würde neue Fronten eröffnen.²² Da bundesländerintern und erst recht bundesweit keine Instanz besteht, die ernsthaft auf eine - durchaus enzyklopädisch gemeinte - Vollständigkeit in der Repräsentanz der Geisteswissenschaften achtet, wird - wie eine Geschichte der deutschen Japanzentren wahrscheinlich nachweisen würde - eher an jeder Hochschule derselben Mode gefrönt, als eine strukturorientierte Wissenschaftspolitik im Bereich der Geisteswissenschaften geführt. Die - notwendig unwirtschaftlichen - kleinen Fächer sind die Opfer.

Es fehlt an einer überuniversitären Verständigung über Studiengänge. Die Lernziele sind traditionell zum Beispiel in einem Fach wie Osteuropäische Geschichte, das in seiner Gesamtheit sowieso nicht durch eine(n) Hochschullehrer(in) vertretbar ist²³, eher an den Möglichkeiten und Interessen der lokalen Fachvertreter, ein bis zwei Professoren und wenige Mitarbeiter, orientiert. Sie werden viel zu wenig reflektiert. Es fehlen standortunabhängige fach- und osteuropabezogen-fachübergreifende

Positionsbestimmungen. Es ist bezeichnend, dass eine solche für die Slawistik öffentlichkeitsrelevant zuletzt 1927 durch Reinhold Trautmann und Heinrich Felix Schmidt erfolgt ist.²⁴ Sie betonten unter anderem gegen die "Fettfleck-Philologie" die Vermittlungsfunktion der deutschen Slawistik, während die Mehrzahl nicht nur der slawistischen Publikationen heute vor allem auf die Fachöffentlichkeit gerichtet ist und die außerfachliche Öffentlichkeit mit ihren langlebigen Leitbegriffen und Deutungsmustern außer acht lässt: Wissenschaftsfächer können sich - kein osteuropaforschungsspezifisches Problem - langfristig nicht "autonom" reproduzieren oder sich in Autoreferentialität selbst genügen. Jede Einzeldisziplin braucht inner- und außerfachliche Konkurrenz und Dialog und muss sich selbst hinterfragen²⁵, und ohne innerfachliche Gewichtung wird kaum eine unter den neuen Bedingungen tragfähige Lehr- und Forschungsstruktur zu entwickeln sein. Bei der Osteuropaforschung kommt wie bei jeder auslandsbezogenen wissenschaftlichen Aktivität auch in einer globalisierten *scientific community* die doppelte Wahrnehmung und Rezeption in Deutschland und im thematisch betroffenen Land hinzu. Die Positionierung der deutschen Osteuropawissenschaften gegenüber den Forschungslandschaften im östlichen Europa und innerhalb der jeweiligen osteuropäischen Wissenschaftssysteme ist auf beiden Seiten bislang unreflektiert geblieben, zumal auf manchen Themenfeldern anstelle von spätestens seit 1989 möglichen Dialogs und Kooperation die Entwicklung von Parallelwissenschaft festzustellen ist, so in manchen Bereichen Parallelhistoriographie anstelle von Kontrovershistoriographie. Die historische Chance, ressentimentbelastete Verhältnisse zu entspannen²⁶, konnte oft aus strukturellen Gründen nicht genutzt werden. Osteuropa steht weitgehend für die wissenschaftliche Forschung offen. Zugleich ist es in Deutschland außerhalb der Wissenschaften stärker präsent als je zuvor²⁷, auch durch Zuwanderer.²⁸ Wenn man dabei bleibt, dass die geisteswissenschaftliche Forschung in Verbindung mit der Lehre an den Hochschulen erfolgen soll, wäre schon aus dem Selbstverständnis der Wissenschaften heraus zu klären, was mit an Hochschulen nicht mehr vertretenen fachlichen oder regionalen Spezifikationen geschehen soll. Der osteuroparelevante Forschungs- und Dokumentationsbedarf wäre für die Bundesrepublik Deutschland ohne Rücksicht auf die bestehenden Strukturen festzustellen, will man sich nicht mit den diskursgeschichtlich in ganz anderen Traditionen stehenden und oft nicht ohne weiteres und zumeist nur über Übersetzungen zu vermittelnden Ergebnissen der Forschung in Osteuropa begnügen. Zu fragen wäre, ob nicht stärker fachübergreifende,

interdisziplinäre länderbezogene Forschungseinrichtungen notwendig sind, welche Rolle in Zukunft Osteuropa, Ostmitteleuropa und Südosteuropa als historische und aktuelle Großräume spielen werden. Es gibt "Spitzenforschung", doch ist sie personengebunden und ereignet sich trotz der miserablen Personal- und Sachausstattung eigentlich aller einschlägigen Einrichtungen. Defizite können nur übergreifend und institutionsunabhängig ermittelt werden. Oft werden sie nur durch eine verbesserte Finanzierung zu beheben sein. Es wird Konzentrationen von Einrichtungen an wenigen Standorten geben müssen - und damit auch neue Formen innerfachlicher Konkurrenzen. In der Diskussion um die vom bayerischen Landeskabinett im März 2002 beschlossene Verlagerung von Münchner Osteuropa-Instituten nach Regensburg sind viele gute Argumente für München vorgetragen worden²⁹, nur muss auch gesehen werden, dass die Aufsplitterung auf mehrere kleine Institute an verschiedenen Standorten in München zumindest für auswärtige Nutzer nicht sehr funktional gewesen ist und dass die vorhandene Struktur nicht in jeder Hinsicht optimal (und wahrscheinlich auch nicht wirtschaftlich) ist. Ob Osteuropäische Geschichte an zwei Berliner Universitäten vertreten sein muss, kann hinterfragt werden, und Slawistik wird in Berlin an der Humboldt-Universität und im nahen brandenburgischen Potsdam angeboten.

Die Sprachvermittlung durch Lektoren und Lehrbeauftragte an slawistischen Universitätsinstituten stellt zumindest für Nichtslawisten keine optimale Form des Fremdsprachenunterrichts dar. Solange es keine Alternativen gibt, sind sie allerdings unabdingbar, und in vielen Fällen gilt:

Eines der zentralen Probleme ist der Erwerb einer oder mehrerer osteuropäischer Sprachen. Gestaltetes sich im Falle des Russischen noch relativ einfach, in vergleichsweise kurzer Zeit auf ein hohes Sprachniveau zu kommen, so kommt es schon beim Polnischen zu erheblichen Schwierigkeiten und gipfelt dann in der Unmöglichkeit, einige "kleinere" Sprachen, wie z.B. Estnisch oder Slowenisch, überhaupt zu erlernen.³⁰

Die Fächer werden sich möglicherweise auch nach außerwissenschaftlichen und nichtfachgeschichtlichen oder fachsystematischen Kriterien neu strukturieren müssen.³¹ Ob interdisziplinäre Regional-Studiengänge oder kulturwissenschaftliche Lehrangebote³² ein Ausweg sein werden, wird abzuwarten sein. Die Rekrutierung des wissenschaftlichen Nachwuchses fällt in den Unsicherheiten schrumpfender Spezialfächer schwer. Juniorprofessuren mit

Osteuropaspezialisierung dürfte es auf absehbare Zeit in den gegenwärtigen Strukturen kaum geben. Jürgen Kocka, also einer der führenden westdeutschen Historiker, hat Ende 1990 in einem Interview zur Evaluierung der DDR-Geschichtswissenschaft geäußert, die Wissenschaftler(innen) in den "neuen Bundesländern" müssten sich damit abfinden, nicht mehr auf Lebenszeit angestellt zu sein, sie sollten sich aber nicht "ungerecht behandelt fühlen", man müsse halt für sie

Übergangsregelungen erfinden, die den einzelnen Wissenschaftlern zwar keine Sicherheit geben - die haben ja jüngere Wissenschaftler bei uns auch nicht -, aber ihnen eine Chance bieten, im neuen System vernünftig zu arbeiten.³³

Und die Lage hat sich verschlechtert: Nach der im Hochschulrahmengesetz 2004 festgeschriebenen Befristungsregelung, nach der maximal zwölf Jahre (oder 24 Jahre auf einer Halbtagsstelle) eine befristete Anstellung im Wissenschaftsbereich möglich ist, gilt künftig "Entweder eine feste Stelle oder das Ende der wissenschaftlichen Karriere."³⁴ Eine vertretbare Haltung, gäbe es ausreichend unbefristete Stellen nicht nur und auch für Professoren. Doch auch mit Spitzenqualifikationen im Osteuropa-Bereich hat man darauf kaum Chancen, wie das Schicksal der ersten Generation der wissenschaftlichen Mitarbeiter des *Deutschen Historischen Instituts* in Warschau zeigt. Hinzu kommen die institutionellen Unsicherheiten, nicht nur im Osteuropabereich.³⁵ Die wissenschaftliche Tätigkeit bietet damit keine Lebensperspektive, wird zum Luxus für die, die es sich leisten können. Möglichst viele Studenten auszubilden, ist damit gegen die Philosophie der aktuellen Wissenschaftsökonomie eigentlich auch gar nicht wünschenswert.³⁶ Bibliotheken haben in diesem Kontext einen schweren Stand. Nordrhein-Westfalen hält Hochschulbibliotheken offenbar als zentrale Einrichtungen für obsolet und entbehrlich.³⁷ Und zur "Kultur" rechnen - zumindest in Nordrhein-Westfalen - offenbar nur Museen, Kulturzentren, Theater, Konzertstätten, Hochschulen, Festivals und Feste sowie Fußballfans, nimmt man das von Ministerpräsident Peer Steinbrück am 23. November 2004 präsentierte Werbeplakat für die Kulturlandschaft Ruhrgebiet ("Wir sind Kultur... Entdecken, Erleben, Bewegen") anlässlich der Bewerbung der Stadt Essen zur "Kulturhauptstadt Europas 2010".³⁸ Und auch die Europäische Union kennt offensichtlich nur Kunst, Musik, Übersetzungen, Theater, Kulturvertrieb im Internet (als "ganz besonderen Wirtschaftsfaktor") und Kino als kulturelle Grundlagen für ein "Europa der Völker", Kulturgemeinschaft und Kulturaustausch.³⁹ Dass

Deutschland seine Bibliotheken vernachlässigt, hat die *Bertelsmann-Stiftung* im Sommer 2004 festgestellt. Was Osteuropa betrifft, ist wohl keine "normale" Universitätsbibliothek mehr in der Lage, die Grundversorgung für die gesamte Breite der an der jeweiligen Hochschule vertretenen Osteuropawissenschaften sicherzustellen. Ohne die Staatsbibliotheken in Berlin und München, die Sondersammelgebiete in Göttingen und Greifswald und die wenigen dem Leihverkehr angeschlossenen Spezialbibliotheken wäre die Literaturversorgung im Spezialbereich längst zusammengebrochen. Kundenorientierung, Qualitätssicherung, Modernisierung und wie die schönen Parolen heißen⁴⁰, setzen bei aller Wertschätzung der digitalen Zukunft mit ihrer immer noch vermuteten Gedächtnis- und Traditionslosigkeit⁴¹ immer noch ausreichende Mittel für den Bucherwerb voraus, und die schöne neue Bibliothekswelt denkt nicht an den einsamen Nutzer selten benötigter Bücher in wenig verbreiteten Fremdsprachen. *Slavica non leguntur*, und in Zeiten der ökonomisierten Überprüfung jeder Bildungsinvestition haben es Bücher in "seltenen" Sprachen schwer, Europa hin oder her. Die Konzentration von Forschung und Lehre an wenigen Standorten böte, wenn die Bibliotheksetats addiert - und nicht insgesamt reduziert - würden, die Chance einer besseren Literaturversorgung. Durch die Liquidation von Fachbereichen oder Fächern nicht mehr fortgeführte "tote" Bestände könnten vielleicht in ähnlicher Weise zusammengeführt werden, bevor Magazinprobleme durch Makulierung gelöst werden. Hier ist bibliothekarische Phantasie gefragt, aber auch Informationsaustausch und Kooperation über die Grenzen der Institutionen hinweg. Aus Neuentwicklungen können auch Chancen entstehen. Noch ist die Osteuropaforschung nicht verloren. Siechtum ist die unaufhaltsame Krankheit zum Tode. Erst kranksparen, dann wegen der unzureichenden Ausstattung abschaffen, dürfte eine gängige Methode sein. Da sollte man sich auch beschweren, wenn international, zum Beispiel in den USA, die Germanistik auf dem Rückzug ist (wie die Kenntnis der deutschen Sprache). Es handelt sich um ein Problem der Geisteswissenschaften generell, das verstärkt bei den kleinen Fächern auftritt, nicht um ein spezifisches Problem der Osteuropaforschung und -lehre. Der Verlust wird bestenfalls von der innerfachlichen Öffentlichkeit bemerkt. Für die Aufregung gibt es keinen Adressaten mehr, wenn die in ihrer Entscheidungsfreiheit gestärkten Selbstverwaltungsgremien einer Hochschule mit dem Ausdruck des Bedauerns und unter Beschwörung von Sachzwängen die Osteuropaspezialisierungen liquidieren (der Afrikaforschung geht es schließlich noch schlechter). Selbstverständlich musste man sich

zu dieser schmerzlichen Entscheidung durchringen, um das Gesamtfach trotz massiver Streichungen zu konsolidieren, es zu retten, es zukunftsfähig zu machen, wenn man nicht sowieso vor einer Entscheidung vom Muster "Philosophie oder Geschichte" steht.

Die für die Geisteswissenschaften nachteiligen, zum Teil katastrophalen Folgen dieser Entwicklungen in der Hochschulpolitik und in den Organisationsformen der Universitäten lassen sich nur ausgleichen, wenn die Geisteswissenschaften ihre wenig beeindruckende Klagemauer verlassen und die hochschulpolitischen Stichworte selbst aufgreifen,

meinte der Präsident des Allgemeinen Fakultätentages, der Jenenser Romanist Reinhold R. Grimm im November 2001:

*Mit anderen Worten: Es liegt auch an den Geisteswissenschaften selbst, wieder im Orchester mitzuspielen.*⁴²

Doch wird man sie mitspielen lassen? Solidarität ist im Verteilungskampf strukturell ausgeschlossen.⁴³ Auch internationale Appelle werden in der Regel nur zu den Akten genommen. Sponsoren gibt es bestenfalls für Events, Projekte setzen eine institutionelle Basisstruktur voraus. Erfolgreiche Popularisierung wissenschaftlicher Ergebnisse ist ein Glücksfall - anders als die Bedienung populistischer oder politischer Vorurteile. Aus sich selbst heraus finanzieren können sich jedenfalls die osteuropabezogenen Forschungsbereiche nicht. Es reicht nicht, wenn die Osteuropaforscher/innen und die Kolleg(inn)en in den osteuropäischen Ländern (bei denen oft falsche Vorstellungen über die Möglichkeiten im "reichen Deutschland" bestehen) von der Wichtigkeit der osteuropabezogenen Forschung und Lehre in Deutschland überzeugt sind, wenn sie ihr engeres Fach nicht in den deutschen innerwissenschaftlichen Diskurs einbringen, von der publizistischen Öffentlichkeit ganz zu schweigen.

Die Osteuropawissenschaften sind nicht "krank", sondern leisten insgesamt, gemessen an ihrer Ausstattung mit Personal- und Sachmitteln, sehr viel. Aus einer idealistischen Perspektive "siecht" dagegen eine Gesellschaft, die Wissenschaften und Künste zugunsten anderer Prioritäten vernachlässigt und entsprechende Investitionen als abzubauen "Subventionen" ansieht, die Geiz für "geil" hält (auch bei den Steuerzahlungen) und "Schnäppchen" vorzieht, die zu den zu zahlenden Preisen nicht im Lande hergestellt werden können. Das für die Lage der Geisteswissenschaften und insbesondere ihrer kleinen

Fächer exemplarische "Siechtum" der Slawistik und der gesamten Osteuropaforschung ist ein Ausdruck des Siechtums von Politik und Gesellschaft.

- ¹ Vgl. die Strukturvorgaben der Kultusministerkonferenz vom 10. Oktober 2003, zu finden unter www.kmk.org/hochschule/strukturvorgaben.pdf.
- ² KARL-HEINZ HEINEMANN: Das genormte Studium. Akkreditierungsverfahren bei Bachelor und Master könnten die inhaltliche Vielfalt an den Hochschulen gefährden, in: Frankfurter Rundschau (Deutschland-Ausgabe) 61 (2005), Nr. 38 (15. Februar 2005), S. 27.
- ³ CHRISTINE BURTSCHIEDT: Streit um eine Orchidee. Gutachter wollen die Slawistik nur noch an drei bayerischen Universitäten anbieten - nun gibt es Protest, in: Süddeutsche Zeitung 2001, Nr. 89 (18. April 2001), S. 55.
- ⁴ HERMANN FEGERT: Der Bericht des baden-württembergischen Landesrechnungshofs - Vorstellung und Anmerkungen, in: Bulletin der Deutschen Slavistik 8 (2002), S. 16-26.
- ⁵ JOSTMANN, a.a.O.
- ⁶ ANDREAS ECKERT: Nassforsch in die Provinz. Geht es nach den neuen "Ziel- und Leistungsvorgaben" des Senats, soll die Universität Hamburg bis zum Jahre 2012 ihre Geisteswissenschaften halbieren, in: Frankfurter Rundschau (Deutschland-Ausgabe) 60 (2004), Nr. 205 (3. September 2004), S. 17.
- ⁷ Hamburg. Von Beust spart für den Hafen und die Kultur, in: Frankfurter Rundschau (Deutschland-Ausgabe) 60 (2004), Nr. 205(3. September 2004), S. 5. - Am selben Tag wie der Artikel von Eckert erschienen!
- ⁸ Das betrifft nicht nur Nordrhein-Westfalen, vgl. MATTIDAS BECKER / JÖRG FEUCK: Schützen am Profil. An den Universitäten Mannheim und Heidelberg hat der Verteilungskampf begonnen. Landesregierung drängt, in: Frankfurter Rundschau (Deutschland-Ausgabe) 58 (2002), Nr. 253 (31. Oktober 2002), S. 20; Durch Verzicht in die europäische Spitzenliga. Der Rektor der Ludwig-Maximilians-Universität München [Bernd Huber] skizziert Umbaupläne und hält nicht viel von Studiengebühren, ebd., 60 (2004), Nr. 109 (11. Mai 2004), S. 31.
- ⁹ Vgl. www.bib-info.de/bibliothekssterben.de
- ¹⁰ Der international renommierte Düsseldorfer Historiker Wolfgang J. Mommsen (1930-2004, vgl. ULRICH SPECK: Selbstaufklärung in allgemeiner Absicht. Aus dem Scheitern lernen - zum Tod des politischen Historikers und öffentlichen Intellektuellen Wolfgang J. Mommsen, in: Frankfurter Rundschau <Deutschland-Ausgabe> 60 <2004>, Nr. 187 <13. August 2004>, S. 15) geht in seiner wichtigen Monographie über die Revolution 1848 in Europa (WOLFGANG J. MOMMSEN: 1848. Die ungewollte Revolution. Die revolutionären Bewegungen in Europa 1830 - 1849. Frankfurt am Main 1998) zum Beispiel nur marginal auf die Entwicklungen in den polnischen Teilungsgebieten, in den böhmischen Ländern und in Ungarn ein und erwähnt zum Beispiel nicht den Berliner Polenprozess 1847.
- ¹¹ Aus Schweizer Sicht ergeben sich andere Perspektiven, vgl. CARSTEN GOEHRKE / HEIKO HAUMANN: Osteuropa und Osteuropäische Geschichte: Konstruktionen - Geschichtsbilder - Aufgaben. Ein Beitrag aus Schweizer Sicht, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas N.F. 52 (2004), S. 565-596.
- ¹² ROLF-DIETER KLUGE: Vom Nachteil und Nutzen slawistischer Studien heute, in: Bulletin der Deutschen Slavistik 9 (2003), S. 27-33, hier S. 27.
- ¹³ KARL KRUMMACHER: Der Kulturwert des Slawischen und die slawische Philologie in Deutschland, in:

Internationale Wochenschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik 2 (1908), Sp. 268-286, 310-316.

- ¹⁴ DIETER STÄGLICH: Der Wandel nordrhein-westfälischer Bibliothekspolitik am Beispiel des Hochschulgesetzes vom 14. März 2000, in: Die effektive Bibliothek. Roswitha Poil zum 65. Geburtstag. Hrsg. von Klaus Hilgemann und Peter te Boekhorst. München 2004, S. 138.
- ¹⁵ SUSANNE DRAHEIM / TILMAN REITZ: Die Bildungslücke schließen. Ökonomie als Metapher und Model: Die Reform der europäischen Hochschulen ist weniger auf wirtschaftlichen Erfolg als auf ideologische Konditionierung ausgerichtet, in: Frankfurter Rundschau (Deutschland-Ausgabe) 60 (2004), Nr. 262 (9. November 2004), S. 16.
- ¹⁶ Vgl. GEORG-ECKERT-INSTITUT FÜR INTERNATIONALE SCHULBUCHFORSCHUNG <Braunschweig>: Pressemitteilung, Oktober 2004 - www.gei.de/pressemitteilung.htm (05.04.2005). - Die Evaluation durch die Wissenschaftliche Kommission Niedersachsen im Herbst 2004 hält die Weiterführung für unbedingt notwendig (einzusehen unter www.wk.niedersachsen.de).
- ¹⁷ Vgl. aber JÜRGEN KOCKA: Der Blick über den Tellerrand fehlt. DDR-Forschung - weitgehend isoliert und zumeist um sich selbst kreisend, in: Frankfurter Rundschau (Deutschland-Ausgabe) 59 (2003), Nr. 195 (22. August 2003), S. 7; HENRIK BISPINCK u.a.: Ist die DDR-Forschung wirklich in der Krise? Defizite und Zukunftschancen, ebd., Nr. 228 (30. September 2003), S. 9; THOMAS LINDENBERGER / MARTIN SABROW: Das Findelkind der Zeitgeschichte. Zwischen Verinselung und Europäisierung: Die Zukunft der DDR-Geschichte, ebd., Nr. 264 (12. November 2003), S. 9; ULRICH MÄHLER / MANFRED WILKE: Die DDR-Forschung ist kein Auslaufmodell, ebd., 60 (2004), Nr. 262 (9. November 2004), S. 7.
- ¹⁸ JEANNETTE GODDAR: Allein im Institut. Studienaufenthalte in Osteuropa werden gefördert - doch die Slawistik an deutschen Unis trocknet aus, in: Frankfurt Rundschau (Deutschland-Ausgabe) 60 (2004), Nr. 160 (13. Juli 2004), S. 25.
- ¹⁹ Ebd.
- ²⁰ Für Österreich entsprechend WALTER LUKAN: Ost- und Südosteuropa-Sammlungen in Österreich. Wien 1982 (2., erw. Aufl. 1990).
- ²¹ WOLFGANG KESSLER: Wohin steuert die Osteuropaforschung? Zu einer Diskussion., in: ABDOS-Mitteilungen 20 (2000), Nr. 3, S. 7-15.
- ²² Der Vf. erinnert sich an eine Diskussion an einer deutschen Universität in der Mitte der 1980er Jahre, ob ein Student der Osteuropäischen Geschichte mit zeitgeschichtlicher Spezialisierung, der sinnvollerweise lieber eine zweite "Ostsprache" lernen wollte, das nach der Promotionsordnung formal vorgeschriebene Latinum ablegen musste, was am Widerstand der Alten Geschichte scheiterte. Diese wiederum beantragte bald darauf für einen Promovenden eben diese Befreiung mit der Begründung, er habe durch seine Arbeit seine hervorragenden Lateinkenntnisse nachgewiesen. Vielleicht tröstet es, dass an einer anderen deutschen Universität die Historiker das Niederländische nicht als die geforderte zweite moderne Fremdsprache anerkannt haben, dafür aber Russisch und Polnisch.
- ²³ Deshalb die Aufteilung in die "vier großen Regionen der osteuropäischen Geschichte bei KLAUS ZERNACK: Osteuropa. Eine Einführung in seine Geschichte. München 1977, S. 30-66.

-
- ²⁴ HEINRICH FELIX SCHMIDT / REINHOLD TRAUTMANN: Wesen und Aufgaben der deutschen Slawistik. Leipzig 1927.
- ²⁵ Vgl. zum Beispiel GERHARD GIESEMANN: Wen interessiert die slowenische Literatur. Fragen zur Rezeption in Deutschland und ihren Bedingungen, in: Individualni in generacijski ustvarjalni ritmi v slovenskem jeziku, knjizevnosti in kulturi (= Obdobja; 14). Ljubljana 1994, S. 51-64.
- ²⁶ RICHARDWAGNER: Freier Blick. Mit der EU-Osterweiterung besteht die historische Chance, dass sich das von Ressentiments belastete Verhältnis zwischen Deutschen und Slawen entspannt, in: Frankfurter Rundschau (Deutschland-Ausgabe) 60 (2004), Nr. 101 (30. April 2004), S. 17.
- ²⁷ THOMAS MEDICUS: Über die Oder. Die Polen sind da: In Berlin ist die Osterweiterung längst Realität, ebd., Nr. 99 (28. April 2004), S. 17.
- ²⁸ RICHARD WAGNER: Ein Verlangen nach loyaler Partizipation. Deutschland weiß das Potential seiner Einwanderer nicht zu nutzen. Das Dilemma der Einwanderungsgesetzgebung und seine Wurzeln in der deutschen Geschichte, in: Frankfurter Rundschau (Deutschland-Ausgabe) 60 (2004), Nr. 110 (12. Mai 2004), S. 17.
- ²⁹ JAN BIELICKI: Gutachter des Übergangs. München ist das Zentrum der Osteuropaforschung- doch nun droht wichtigen Einrichtungen der Umzug in die Provinz, in: Süddeutsche Zeitung 2004, Nr. 92 (21. April 2004), S. 41. ,
- ³⁰ REGIONALINITIATIVE OSTEUROPASTUDIERENDER BERLIN-BRANDENBURG <Berlin>: Osteuropa studieren in Berlin und Brandenburg mit Ostblick... 2. Aufl. [= Wintersemester 2003/04]. Berlin [2003], S. 63.
- ³¹ PETER KOSTA: Jenseits des "Gorbi-Effekts", in: Frankfurt Rundschau (Deutschland-Ausgabe) 60 (2004), Nr. 160 (13. Juli 2004), S. 25.
- ³² Vgl. SIMONE JANSON: Studienführer Kulturwissenschaften. Eibelstadt 2004.
- ³³ HARRO ZIMMERMANN: Wenn Historiker Historiker begutachten. Über einen deutsch-deutschen Wissenschaftsprozess. Ein Gespräch mit Jürgen Kocka, in: Frankfurter Rundschau (Deutschland-Ausgabe) 47 (1990), Nr. 300 (27. Dezember 1990), S. 30.
- ³⁴ GABRIELE RENZ: Entweder feste Stelle - oder Ende der akademischen Karriere. Junge Wissenschaftler protestieren gegen die "Reparaturnovelle" des Hochschulrahmengesetzes und befristete Arbeitsverhältnisse, in: Frankfurter Rundschau (Deutschland-Ausgabe) 60 (2004), Nr. 249 (25. Oktober 2004), S. 4.
- ³⁵ Vgl. das Beispiel aus dem Fach Volkskunde bei PATRICK HONECKER: Die zweite Klasse im Elite-Express, in: duz Magazin 60 (2004), H. 4, S. 20-21.
- ³⁶ So das Votum 1001 bei einer Analyse der Studiensituation innerhalb der Afrikanistik durch THOMAS VESER: Bei mangelndem Sprachtalent kann das Studium zur Tortur werden. Afrikanologie in Deutschland, in: Frankfurter Rundschau (Deutschland-Ausgabe) 48 (1991), Nr. 235 (10. Oktober 1991), S.9.
- ³⁷ STÄGLICH, a.a.O.
- ³⁸ Vgl. die Fotografie "Werbung für das Ruhrgebiet", in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung 2004, Nr. 275 (24. November 2004), Titelseite.
- ³⁹ EUROPÄISCHE KOMMISSION: Ein Europa der Völker bauen. Die Europäische Union und die Kultur. Brüssel 2002.
- ⁴⁰ Vgl. BERTELSMANN STIFTUNG <Gütersloh> / BUNDESVEREINIGUNG DEUTSCHER

BIBLIOTHEKSVERBÄNDE: Bibliothek 2007. Strategiekonzept. 4. Aufl. Gütersloh 2004.

- ⁴¹ MANFRED OSTEN: Das geraubte Gedächtnis. Digitale Systeme und die Zerstörung der Erinnerungskultur. Frankfurt am Main 2004.
- ⁴² REINHOLD R. GRIMM: Wieder im Orchester mitspielen. Die Geisteswissenschaften im hochschulpolitischen Diskurs, in: Forschung und Lehre 2001, Nr. 11. - Zugänglich über www.fakultaetentag.de/presse/index (20.04.2005).
- ⁴³ Hätte es etwa Sinn gemacht, wenn die Marburger Osteuropaforschung gegen die Schließung der Marburger Afrikanistik in den 1980er Jahren protestiert hätte?